

Sonderausgabe 1994

WIEŻ

Indeks 381489



Polen
und Deutsche:

Ein Beitrag
zur Geschichte
des Dialogs

WIEŻ



Café Nowy Świat 12^o
Edele "

Redaktion:

Stefan Frankiewicz (*Chefredakteur*)
Cezary Gawryś (*Stellvertr. Chefredakteur*)
Zbigniew Nosowski (*Stellvertr. Chefredakteur*)
Józef Smosarski (*Redaktionssekretär*)
ks. Michał Czajkowski (*kirchlicher Assistent*)
Juliusz Eska, Andrzej Friszke,
Anna Karoń-Ostrowska,
Paweł Kądziała, Andrzej Szmidt,
Tomasz Wiścicki, Jerzy Wocial

Redaktionskollegium:

Wojciech Arkuszewski, Jędrzej Bukowski, ks. Michał Czajkowski,
Juliusz Eska, Stefan Frankiewicz, Andrzej Friszke, Cezary Gawryś,
Krzysztof Jedliński, Paweł Kądziała, Krystyna Konarska-Łosiowa,
Bogumił Luft, Agnieszka Magdziak-Miszewska,
Tadeusz Mazowiecki (*Vorsitzender des Redaktionskollegiums*), Zbigniew Nosowski,
Ignacy Rutkiewicz, Władysław Seńko, Bohdan Skaradziński,
Józef Smosarski, Zdzisław Szpakowski, Paweł Śpiewak, Jan Turnau,
Wojciech Wiczorek (*Stellvertr. Vorsitzender*), Andrzej Wielowieyski,
Jerzy Wocial, Kazimierz Wóycicki, Marek Zieliński.

622 74 02

Redaktionsadresse:

Warszawa, ul. Kopernika 34, tel. 27-29-17, fax 26-79-83
Postadresse: 00-950 Warszawa, skrytka pocztowa 209

Die Sonderausgabe von "Więź" erscheint mit Unterstützung der Stiftung für
Deutsch-Polnische Zusammenarbeit aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland.

Skład i druk: Warszawska Drukarnia Naukowa
Opracowanie graficzne: Magdalena Hollender
Na okładce: Mazowieckie i Kohl w Krzyżowej, fot. A. Hawatej, CAF.
Podpisano do druku: 28 II 1994
ISBN 83-85124

Warszawa Monatsschrift Sonderausgabe 1994

WIEŻ

Inhalt:

- 3 **Vorwort**
- 6 **Włodzimierz Borodziej**
Die Gespenster der Vergangenheit
Das Eis wird gebrochen
- 26 **Anna Morawska**
Zeichen der Versöhnung
- 31 **Stefan Bakinowski**
Denkschrift der Evangelischen Kirche
in Deutschland
- 35 **Piotr Madajczyk**
„Wir vergeben und bitten um Vergebung...“
- 52 **Tadeusz Mazowiecki**
Memorandum des „Bensberger Kreises“
- 64 **Vertreter des „Bensberger Kreises“ antworten auf die**
Fragen der Redaktion „Więź“
Der Versuch eines Dialogs
- 74 **Anna Morawska**
Der Sinn einer Begegnung mit Bonhoeffer
- 79 **Reinhold Lehmann**
Politisches Engagement der Christen
- 84 **Wojciech Wiczorek**
Was bewirkt die Schulbuchrevision in der
Bundesrepublik Deutschland?
- 90 **Manfred Seidler**
Anna Morawska
- 93 **Begegnung mit Polen**
Interview mit einer Delegation des ZdK
- 99 **Wojciech Wiczorek**
„Das Auschwitz-Seminar“ — wie soll es weiter-
gehen? • Fortsetzung des Dialogs • Das sechste
Seminar „Pax Christi“ und „Znak“ *hier auch*
Dr. Seidler
- 110 **Marek Suchar**
Dialog in Breslau *Bensberger Kreis-Seminar*

- 114 *Bogumił Luft*
Ein Brief aus Deutschland
- 120 *Jan Turnau*
Polen und Deutsche
- 129 *Leszek Żyliński*
Grass und Deutschland
- 137 *Krystyna Zgorzelska-Zonn*
Meine zweite Reise nach Deutschland
- 147 *Krzysztof Dybciak*
In Darmstadt bei Karl Dedecius
- 156 *Marek Pieczara*
„Heimatmuseum“
- 161 *Kazimierz Wóycicki*
Über Deutschland und die Deutschen
- 168 **„Es begann mit einer Person...“**
Ein Gespräch mit Georg Ziegler
An der Schwelle zur Wende
- 176 **Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa**
Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989
- 182 **Für Selbstbestimmung und Demokratie**
Gemeinsame Erklärung von Polen und Deutschen aus der DDR, Januar 1990
Nach der Wende
- 187 *Wojciech Wiczorek*
„Deutschland“ – Studie (Teil I)
- 206 *Jacek Czaputowicz*
Die nationalen Minderheiten in den polnisch-deutschen Beziehungen
- 210 *Wojciech Wiczorek*
„Deutschland“ – Studie (Teil II)
- 227 *Ewa Unger*
Krzyżowa – Kreisau
- 235 *Krystyna Zgorzelska-Zonn*
Brief an Schwester Friedlene
Feinde werden Freunde
- 239 *Tadeusz Mazowiecki*
Von der Gegenwart zur neuen Nachbarschaft
- 255 **Die Autoren**

Stefan Bakinowski

Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland

Erst vor kurzem machte Die Westliche Presseagentur (Zachodnia Agencja Prasowa) einer breiten Öffentlichkeit den vollständigen Text eines bedeutungsschweren und mutigen Dokuments unter dem Titel: „Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ zugänglich. Der Ernst dieses Dokuments und dessen Bedeutung sind Veranlassung, es mit größter Aufmerksamkeit zu behandeln und seinen Inhalt genau kennenzulernen. Der Text enthält in der polnischen Übersetzung 50 Seiten, ihm ist ein Vorwort vorangestellt, das auf den 1. Oktober 1965 in Berlin datiert und vom Rat der Deutschen Evangelischen Kirche unterzeichnet ist. Im Vorwort wird die Beschäftigung mit der im Titel genannten Problematik seitens der Evangelischen Kirche auf folgende Weise begründet: *Die Kirche hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den ihr an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und den Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen. Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit die Wege zum politischen Handeln zu ebnen.*

Den Autoren dieser Denkschrift gelang es zweifelsohne in einem großen Maße, die so beschriebenen Aufgaben durchzuführen. Man muß aber an dieser Stelle gleich einen generellen Vorbehalt machen: diese Denkschrift ist nur für den innerdeutschen Gebrauch bestimmt. Daraus ergeben sich bedeutende Konsequenzen für einen polnischen Leser, der diesen Text nicht als Ausdruck der Meinungen behandeln kann, die von Polen akzeptiert werden könnten. Die Denkschrift enthält viele Thesen, die für uns in Polen geradezu mit

den Thesen der Revisionisten gleichzusetzen sind. Gleichzeitig kommen in der Denkschrift aber auch Meinungen zum Ausdruck, die man genauso gut in einem vom polnischen Standpunkt her geschriebenen Dokument vorfinden könnte. Diese Differenz, die manchmal als innere Widersprüchlichkeit der Denkschrift erscheint, hat aber eine große positive Bedeutung. Sie zeigt nämlich die Authentizität in der Einstellung ihrer Verfasser. Die Denkschrift wurde von Menschen geschrieben und veröffentlicht, die trotz der zwanzigjährigen Einwirkung der in ihrer Heimat herrschenden Atmosphäre diese Frage auf eine moderne Art zu betrachten vermochten und ihre Meinung darzustellen wagten, obwohl sie gewiß den Sturm, der dadurch ausgelöst wird, vorhersahen.

Die Grundlage dieses Berichtes soll nicht derjenige Teil der Denkschrift sein, der für einen Polen nicht akzeptabel ist. Wir sollen eher dem Teil der Denkschrift Aufmerksamkeit schenken, der mit unserer politischen Einstellung und unserem Bewußtsein der politischen Moral übereinstimmt. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Bereich all den Aussagen zu, die die Verantwortung Deutschlands und der Deutschen für den Krieg und seine Folgen enthalten. Unter den hin und wieder in der Bundesrepublik Deutschland auftauchenden Meinungen dieser Art kommt der Denkschrift deswegen eine große Bedeutung zu, weil sie von der Autorität der größten christlichen Konfession in diesem Land unterstützt wird. Aus demselben Grund muß man die Feststellung schätzen — obwohl sie durch Vorbehalte geschwächt wird — daß die in die Bundesrepublik Deutschland Umgesiedelten infolge der Schuld der Gesellschaft dieses Landes, unter Bedingungen leben, die sie an der vollen Integration mit der neuen Umgebung hinderten. Aus dieser These werden in der Denkschrift folgende Schlußfolgerungen gezogen: *Es wird also notwendig sein, eine neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Vertriebenenproblem einzuleiten, die heute wichtigen Sachverhalte sehr viel genauer zu untersuchen und auf dieser Grundlage subtilere und besser gezielte Methoden der Lösung zu entwickeln. Dafür sollte die Kirche in ihren eigenen Reihen, aber auch in der Öffentlichkeit eintreten.*

In Anbetracht der großen öffentlichen Autorität der evangelischen Kirche in Deutschland läßt diese Schlußfolgerung darauf hoffen, daß man beim komplizierten Problem der Ausgesiedelten neue Wege beschreiten wird. Das Kapitel, das der aktuellen Situation auf unseren westlichen Gebieten gewidmet ist, ist wohl — unter gewissen Vorbehalten — als völlig nonkonform gegenüber der in Westdeutschland allgemein vertretenen Einstellung zu bezei-

chnen. Unter Berufung auf wirtschaftliche Statistiken sowie u.a. auf Aussagen von Kardinal Wyszyński und Erzbischof Kominek stellt die Denkschrift mehr oder weniger offen die These von der vollständigen Vereinigung dieser Gebiete mit dem polnischen Territorium und von der Unabänderlichkeit dieser Tatsache auf. Genauso realistisch interpretieren die Verfasser der Denkschrift dieses Problem von dem Standpunkt des Völkerrechts und des „Rechts auf die Heimat“ aus. Man braucht viel Zivilcourage, um in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich gewisse rechtliche oder angeblich rechtliche Fetische anzufeuern, die von seiten nationalistischer Institute und verschiedenartiger „Arbeitskreise“ unterstützt werden. Daß diese Ausführungen für uns nicht ganz verständlich sind, da wir mit anderen intellektuellen und juristischen Angewohnheiten leben, vermindert keinesfalls die Bedeutung dieser mutigen Behauptungen.

Ihre Bemühungen, eine Versöhnung zu ermöglichen und die westdeutsche Einstellung zum Ausgesiedeltenproblem, sowie auch zu den Nachbarn des deutschen Volkes zu verändern, werden von den Verfassern der Denkschrift auch durch eine ausführliche theologische und ethische Motivation begründet. Auch hier begegnen wir frischen und kühnen Gedanken, die zu den bereits früher genannten Schlußfolgerungen führen.

Man wird sicherlich so viel sagen müssen, daß die Bereitschaft, Folgen der Schuld zu tragen und Wiedergutmachung für begangenes Unrecht zu leisten, ein wichtiger Bestandteil deutscher Politik auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn sein muß. Aus geschichtlicher Erfahrung und in sittlicher Einsicht müssen wir uns klar machen, daß begangenes Unrecht des hier vor Augen stehenden Ausmaßes nicht ohne geschichtliche und politische Folgen bleibt. Solche Folgen lassen sich aber nicht schlechthin wieder rückgängig machen.

Mit der Überzeugung, daß es nicht die Aufgabe der Kirche ist, konkrete politische Hinweise zu erteilen, analysieren die Verfasser der Denkschrift in ihrem abschließenden Teil politische Probleme. Auch an dieser Stelle muß man — trotz vieler Vorbehalte — ihrer Schlußfolgerung zustimmen. *Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann zu handeln, wenn es nottut. Solche Vorbereitung ist auch darum unabweisbar geworden, weil die weltpolitische Situation sich gegenüber den 50er Jahren deutlich verändert hat. (...) In dieser Lage erwarten auch die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland von dieser einen Beitrag zur Entspannung, der nur möglich ist, wenn die Regierung damit rechnen kann, im deutschen*

Volk Verständnis und Zustimmung zu einem Schritt im Geiste der Versöhnung gegenüber unseren östlichen Nachbarvölkern zu finden.

Die Denkschrift löste eine lebhafte Reaktion in der Presse in Deutschland, Polen und weltweit aus. In der Bundesrepublik nahm lediglich die SPD-Presse gegenüber der Denkschrift eine einigermaßen objektive Haltung ein. Die Vertriebeneverbände traten natürlich scharf gegen die Denkschrift auf. Die schärfste Kritik kam vom Verband der Schlesier. Die Presseagenturen berichten, daß die Verfasser der Denkschrift sowie die für die Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland verantwortlichen Personen Briefe mit Drohungen und Schmähungen erhalten hätten. Die einflußreiche amerikanische Tageszeitung „Christian Science Monitor“ schreibt in einer Korrespondenz aus Bonn, daß die Denkschrift eine Protestwelle seitens der Vertriebeneverbände auslöste, für die „das Recht auf die Heimkehr“ zu einer Parole wurde, die keine politische Partei in der Bundesrepublik auf die leichte Schulter zu nehmen wagt. Der Autor dieser Korrespondenz schreibt auch über die mächtige Stimme der größten Kirche in West-Deutschland, die in Frage der Versöhnung zwischen den Deutschen und Polen ertönte.

Unter zahlreichen oft kontroversen Stimmen in der Presse und in den Presseagenturen fehlen bisher Informationen über die Einstellung der katholischen Kirche in Deutschland zu der in der Denkschrift angesprochenen Problematik. Es handelt sich dabei ausschließlich um katholische Stimmen zur Denkschrift, weil sich die katholische Kirche in West-Deutschland, zu der viele Ausgesiedelte gehören, der also deren Bedürfnisse und Wünsche bekannt sind, von der evangelischen Kirche in der Gesamtbearbeitung dieser Problematik „überholen ließ“.

Stefan Bakinowski

Heft 12, Dezember 1965

Tadeusz Mazowiecki

Das Memorandum des „Bensberger Kreises“

Am 3. März diesen Jahres wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein Dokument veröffentlicht, das unter dem Namen „Memorandum des Bensberger Kreises“ bekannt ist. Die Autoren dieses Dokuments schreiben, daß *sie sich zur Veröffentlichung ihrer politischen Erwägungen und Empfehlungen entschlossen haben, weil ihnen die Lethargie der deutschen Öffentlichkeit, gerade auch die der Katholiken, als das größte Hindernis einer Arbeit am Frieden erscheint.*

Ich denke, daß man in diesem Kontext sowohl die Intentionen des „Bensberger Kreises“, als auch den Charakter seines Dokuments bewerten soll. Es ist hauptsächlich für den innerdeutschen Gebrauch bestimmt; es bildet vor allem eine Ebene für den innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit geführten Dialog, und nur indirekt kann es als eine Ebene für den Dialog mit Polen angesehen werden. Es ist wichtig, sich dies bewußt zu machen, denn so kann man das Memorandum nicht nur nach dem Maßstab unseres eigenen Standpunktes bewerten, sondern auch indem man dieses Dokument vor dem breiten Hintergrund der deutschen Öffentlichkeit sieht, d.h. unter Berücksichtigung der von ihr überwiegend vertretenen Meinungen zu den vom Memorandum aufgenommenen Fragen.

Auch der zweite Akzent des oben angeführten Satzes aus dem Memorandum scheint eine wesentliche Prämisse zu sein für die Herausbildung der eigenen Einstellung zu diesem Dokument. Die Verfasser des Memorandums halten ihre Bemühungen, die es zum Ziel haben, die deutsche Öffentlichkeit zu aktivieren (oder mit anderen Worten, sie auf eine andere Denkweise umzustellen) für eine Friedensarbeit. *Die deutsch-polnische Spannung blockiert eine solche Umorientierung der Sicherheitspolitik an einer entscheidenden Stelle.*

Ich komme noch auf diese Frage zurück. Ich möchte aber sofort betonen, daß solch ein Standpunkt den Kern des Problems trifft. Ich denke, daß diese Ebene am wichtigsten ist und die größte Chance für den Fortschritt der gegenseitigen Verständigung darstellt.

Das Memorandum ist weder die erste noch (bis heute) die letzte wichtige Regung der westdeutschen Öffentlichkeit. In die Vergangenheit zurückblickend muß man vor allem die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 1. Oktober 1965 nennen, die eine starke aktivierende Erschütterung in breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit hervorrief. Zum ersten Mal stellte solch eine einflußreiche Religionsgemeinschaft und Erziehungsinstitution in einer konsequenten Weise fest, daß *das deutsche Volk auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden muß, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.*

Eine große Resonanz rief in der deutschen Öffentlichkeit der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen vom Dezember 1965 hervor, an den übrigens das Memorandum des „Bensberger Kreises“ in seinem Anfang und Ende anknüpft. Das Memorandum unterscheidet sich jedoch vom Brief der deutschen Bischöfe nicht nur dadurch, daß es keine offizielle Aussage der katholischen Kirche in Deutschland darstellt, sondern auch dadurch, daß es in einer anderen Tonart gehalten wird und thematisch viel tiefer greift, als der Briefwechsel, der noch diplomatische Prägung aufweist und nach der bisherigen Tradition verfaßt wurde. Einige Tage nach der Verkündung des Memorandums des „Bensberger Kreises“, wurde in Hannover ein neues evangelisches Dokument unter dem Titel „Studium zu den Friedensaufgaben der Deutschen“ veröffentlicht. Schließlich brach erst eine Zeitlang nach der Verkündung des „Bensberger Memorandums“ ein wahrhaft politischer Sturm aus, der im Zusammenhang mit dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg stand, bei dem deren Vorsitzender, Willi Brandt, sagte, daß es notwendig sei, die Oder-Neiße-Grenze bis zur Regulierung dieser Frage in einem Friedensvertrag anzuerkennen, bzw. zu respektieren. Er fügte noch hinzu, daß in der politischen Sprache Anerkennung und Respektierung gleichviel bedeuteten.

Ohne sich in die Erläuterung dieser einzelnen Tatsachen zu vertiefen, die übrigens einer differenzierten Bewertung bedürfen, und ohne die sie oft begleitenden Dementis und Richtigstellungen zu analysieren, möchte ich bei der Feststellung bleiben, daß in der deutschen Öffentlichkeit — neben gefährlichen und beunruhigenden

Erscheinungen — auch gewisse Erscheinungen vorkommen, die sich von dem bisherigen Stereotyp des politischen Denkens entfernen oder sich ihm sogar widersetzen. Das Memorandum des „Bensberger Kreises“, ähnlich wie die evangelische Denkschrift von 1965, gehören zweifelsohne zu denjenigen Erscheinungen, die in dieser Hinsicht am deutlichsten und am tiefgreifendsten sind.

Wie beeinflusst das Memorandum die Atmosphäre des deutschen Katholizismus?

Der „Bensberger Kreis“ ist eine Gruppe katholischer Persönlichkeiten, die vor allem mit der Bewegung „Pax Christi“ verbunden sind. Diese Gruppe ergriff auf einem Treffen im Mai 1966 in Bensberg bei Köln die Initiative, gewisse moralisch-politische Fragen, die sich für Katholiken aus dem Geiste des Konzils ergeben, zu bearbeiten. Die erste Frage stellte das polnisch-deutsche Problem dar, das von einer 31-köpfigen Redaktionskommission bearbeitet wurde (zu dieser Kommission gehörten u.a. die namhaften Publizisten und Redakteure der „Frankfurter Hefte“ Walter Dirks und Eugen Kogon). Das von mir verfügbare Exemplar des Memorandum-Textes, der im Mathias—Grünewald—Verlag in Mainz veröffentlicht wurde, trägt die Unterschriften von 163 katholischen Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland (dabei sind es nur die bisher gesammelten Unterschriften). Unter den Unterzeichnern gibt es u.a. Abgeordneten P. Nellen (SPD); Publizisten: W. Dirks, H. Heigert, G. Lehner, H. Linnerz, V. Sturm und L. Waltermann; Schriftsteller: A. Erb und H.T. Risse; Theologieprofessoren: H. Dolch, J.B. Metz, K. Rahner und J. Ratzinger; Juraprofessoren: E.W. Böckenförde, E. Menzel und K. Peters; Pädagogikprofessoren: P. Furt, F. Pöggeler und W. Rest; Geschichtswissenschaftler: K.O. von Aretin und P. Lengsfeld; Professoren der Politikwissenschaft: E.O. Czempel, E. Kogon, H. Kuhn, A. Schwan, G. Ziebur; Philosophieprofessoren: M. Müller, H.R. Schlette, R. Spämann; einen Ökonomeprofessor: G. Kade; einen Medizinprofessor: A. Jores; Geistliche, Rechtsanwälte, Vertreter von Jugendorganisationen. Das Dokument hat den Titel: „Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch—deutschen Fragen“ — herausgegeben vom „Bensberger Kreis“.

Die deutschen Katholiken — stellt das Memorandum fest — sind mit der Mehrheit des polnischen Volkes durch die Zugehörigkeit zu derselben Kirche verbunden. Daraus erwächst ihnen eine besondere Aufgabe, zur Versöhnung des polnischen und deutschen Volkes beizutragen.

tragen. Es bedrückt uns, daß wir uns nicht schon früher in aller Öffentlichkeit um den Frieden mit Polen bemüht haben und daß damit auch die wertvollen Anstöße Einzelner ihrer Wirkung weitgehend beraubt wurden. Dieses Versäumnis bedrückt uns um so mehr, als der deutsche Katholizismus angesichts des furchtbaren Unrechts, das unter der nationalsozialistischen Herrschaft an den Polen begangen wurde, nicht den Mut und Kraft aufgebracht hat, in einer Weise zu protestieren, die über jede Diplomatie und politische Berechnung hinaus dem Schicksal der Opfer gerecht geworden wäre.

Ich zitiere diese Sätze, weil hier von der moralischen Dimension des Dokuments des „Bensberger Kreises“ die Rede ist. Wie immer man auch Formulierungen, mit denen wir nicht einverstanden sein können, oder die aus unserer Perspektive politisches Verschweigen darstellen, urteilen mag, ist das Memorandum keine moralische Flucht. Es bringt in die Atmosphäre des deutschen Katholizismus, ähnlich wie das bei der Denkschrift der EKD in Bezug auf die evangelische Bevölkerung Deutschlands der Fall war, einen Ton moralischer Verantwortung für die Geschichte, vor allem für deren Teil, der am tragischsten die Beziehungen unserer beiden Völker beeinflusst. Solch ein Ton des Memorandum alleine verleiht ihm den Rang einer bedeutsamen Tatsache. Dies bedarf einer Hervorhebung, denn es ist etwas, was sonst in den Aussagen von maßgebenden Vertretern des deutschen Katholizismus, die zu uns herüberkamen, am meisten fehlte und was in der Nachkriegszeit beunruhigend schnell aus dem öffentlichen Leben Deutschlands verschwand. Dies soll nicht so verstanden werden, als erwarten wir, daß die Deutschen ständig im Büsserhemd herumlaufen und aus der Position eines im Krieg geschlagenen Volkes sprechen müßten. Es geht eher darum, sich das, was geschehen ist, bewußt zu machen, moralische Verfälschungen dieser Art zu meiden, daß man über diese Periode hinwegspringt und sich von der Überwindung der eigenen Vergangenheit entzieht. Es geht, mit anderen Worten, darum, nicht das eigene Schuldgefühl demonstrativ zu zeigen, sondern eine moralische Sensibilität in Bezug auf solche Fragen zu entwickeln, die das polnisch-deutsche Verhältnis dermaßen schwierig machten und es so belasteten.

Ich bin geneigt, in solch einem moralischen Ton dieser Aussage den ersten und wohl wichtigsten Faktor zu sehen, der über den Beitrag entscheidet, den das Memorandum für die Öffentlichkeit leistet, der solch ein Klima der Aussagen schon in einem großen Maße fremd ist. Das Memorandum ließ dabei die Frage der Aussiedlung von Deutschen aus den Westgebieten Polens nicht aus,

aber — was wesentlich ist — es machte daraus kein Gegengewicht zu den Verbrechen der Nazizeit. Wir wissen, daß man solche Gleichheitszeichen in der Bundesrepublik Deutschland oft setzt und daß dadurch jeder Versuch des gegenseitigen Verstehenlernens abgebrochen werden muß. Im Memorandum wird jedoch festgestellt: *So werden wir Deutsche uns zu sagen haben, daß die im Namen Deutschlands gegen Polen unternommenen Verbrechen wegen ihrer totalen Ziele, wegen ihres grausam kalt geplanten, staatlich verfügten und organisierten Terrors, wegen der Degradierung und Deklassierung der Polen und wegen ihrer verheerenden Folgen, zu denen die Vertreibung der Deutschen selbst gehörte, von solcher Art sind, daß jeder Versuch von Gegenaufrechnung verstummen muß.*

Belastungen aus der Geschichte und Gegenwart

Ein anderer Punkt, der hervorgehoben werden muß, ist ein Versuch, den Deutschen polnische Reaktionen auf manche Fragen verständlich zu machen. Für uns in Polen kann die Notwendigkeit, gewisse Beobachtungen anzustellen, auch unbegreiflich vorkommen. Man darf aber nicht vergessen, daß das Memorandum auf einen Boden fällt, wo immer noch die Spuren des alten Verhältnisses zu Polen vorhanden sind und wo man sich gleichzeitig an jenen historischen Sprung über die schwierigste Periode hinweg gewöhnt hat. Die junge Generation vor allem, die im Klima einer eigenartigen „historischen Lücke“ bei der Bewertung der geschichtlichen Wege des eigenen Volkes erzogen wird, ist bestimmt nicht in der Lage, viele unsere Reaktionen und Haltungen überhaupt zu begreifen. Das Memorandum ruft sowohl die Belastung der früheren Geschichte, als auch die aktuellen Probleme in Erinnerung: *Eine schwerwiegende historische Hypothek — schreiben die Verfasser des Memorandums — kann und muß jedoch beschleunigt abgetragen werden. Im deutschen Bewußtsein ist Polen selten als vollgültiger Staat akzeptiert und sind die Polen oft genug nicht als Volk ernstgenommen worden. Ihr Gebiet hat man nicht selten als „Siedlungsraum“ der Deutschen betrachtet und beansprucht. Auch sind weiterhin Reste jenes verhängnisvollen Vorurteils eines „west-östlichen Kulturgefälles“ vorhanden. Ehe wir nicht die traditionelle deutsche Überheblichkeit gegenüber den Polen überwunden haben, können wir nicht erwarten, daß die Polen ihrerseits ihre Vorurteile revidieren. Wenn uns von polnischer Seite ein Geschichtsbild entgegengehalten wird, das uns undifferenzierter zu sein scheint, als heutige Kategorien und Methoden der Geschichtswissenschaft es*

nahelegen, das vor allem aus der Rückprojektion nationalpolitischer Kategorien in eine Zeit entsteht, in der nationale Motive noch nicht oder nur in Ansätzen wirksam waren, so wird ein solches Geschichtsbild aus den angedeuteten Erfahrungen verständlich. Darum kann es nicht unmittelbar, sondern nur im Zusammenhang mit diesen Erfahrungen und dem aus ihnen erwachsenen, durch den nationalsozialistischen Überfall zu wachsender Schärfe neu belebten Mißtrauen angegangen werden. Dem jungen Trauma der Heimatvertriebenen, das zu verstehen wir jeden zum Gespräch bereiten Polen bitten müssen, entspricht jenes sehr viel ältere Mißtrauen im Bewußtsein der Polen.

Es wird gleichzeitig versucht, im Memorandum die aktuellen Belastungen zu zeigen: *Polen, über das zweimal der Krieg hinweggegangen ist, das viel größere materielle Einbußen zu überwinden hatte und auch in den neuen Westgebieten eine zu 70% zerstörte oder demontierte Industrie vorfand, lebt sozusagen noch näher am Krieg. Der Aggressor und Verlierer dagegen, der das Unheil angezettelt hat, das nicht nur über Polen, sondern über ganz Europa gekommen ist, erlebt mit westlicher Hilfe einen schnellen Wiederaufbau. Seit 1955 baut er in Kürze eine neue Armee auf; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bemüht sich um Mitbestimmung in der Atomwaffenstrategie, was — weiter in der Sicht der Polen — nur als eine Etappe auf dem Weg zum Besitz von Atomwaffen oder zur Verfügung über sie betrachtet werden konnte. Diese Bundesrepublik ist zu allem der einzige Staat, der die Integrität des von Polen bewohnten Gebietes in Frage stellt. Man nimmt wiederholt Gewaltverzichtserklärungen zur Kenntnis. Aber das Gefühl, bedroht zu sein und irgendwann mit einem neuen Gewaltakt der Deutschen rechnen zu müssen, bestimmt die Vorstellungen, die man sich vielfach noch immer von der Politik der Bundesrepublik Deutschland macht.*

Das Verhältnis zur Oder-Neiße-Linie

Die von mir oben umfangreich zitierten Aussagen üben im Memorandum-Text nicht nur eine beschreibende Funktion aus. Der „Bensberger Kreis“ zieht daraus auch politische Konsequenzen. Sie betreffen vor allem sein Verhältnis zur Oder-Neiße-Linie. Ein solcher breiter Kreis katholischer Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland hat sich bisher öffentlich so eindeutig in dieser Frage noch nicht geäußert. Das macht den dritten Faktor aus, der für die Bedeutung des Memorandum entscheidend ist.

Die Aussage zu diesem Thema hat dabei den Charakter eines innerdeutschen Dialogs. Im Memorandum werden gewissenhaft die

typischen Argumente gegen die Anerkennung unserer Westgrenze durch die bundesdeutsche Regierung erörtert, und man führt mit der Regierung einen Dialog. Erstens wird die oft in der Bundesrepublik Deutschland lancierte These in Frage gestellt, die besagt, daß man durch die oft genug wiederholten Gewaltverzichtserklärung alles getan hätte, was nur möglich gewesen wäre. Die „Bensberger“ nehmen ehrlich die zu diesem Problem von Polen gestellten Gegenfragen auf. *Wie die politische Wirklichkeit zeigt* — so das Memorandum — *werden — zumal im Atomzeitalter — Gewaltverzicht fast zur Selbstverständlichkeit... Für die Polen kommt noch hinzu, daß kein anderer Staat als die Bundesrepublik den gegenwärtigen territorialen Status Polens in Frage stellt, auch nicht unsere Verbündeten. Muß daher nicht die Aufrechterhaltung von Gebietsforderungen durch die Bundesrepublik bei gleichzeitiger Gewaltverzichtserklärung den Polen entweder als politisch illusionär oder als eine Unaufrichtigkeit erscheinen, die sie zur Skepsis berechtigt?*

In diesem Geiste — unter Berücksichtigung der polnischen Einwände — wird im Memorandum auch die andere Gruppe der Hauptgegenargumente erörtert, die in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland existieren. Es geht nämlich um einen politisch-rechtlichen Gedankengang, der in folgender These enthalten ist: weil territoriale Festlegungen nicht einseitig diktiert werden könnten, solle man mit jeglicher Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze bis zum Abschluß eines Friedensvertrags abwarten. Diese Art der Argumentation, die völlig von den Umständen absieht, unter welchen die Großmächte der Anti-Hitler-Koalition die Grundlagen der Nachkriegsordnung in Europa festlegten, unter denen also in Potsdam nicht einseitig, sondern international über die Zugehörigkeit der Westgebiete zu Polen entschieden wurde — ist auch mit dem Problem des „Heimatrechts“ verbunden, das — in einer bestimmten Interpretation — eine andere Säule des Gedankenganges darstellt, der sich der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze widersetzt.

Der Ausgangspunkt bei der Argumentation des „Bensberger Kreises“ ist die Frage, ob in der politisch-rechtlichen Denkweise, die in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet und aufrechterhalten wird, *nicht vielleicht ein Rückzug auf einseitige und übersteigerte Rechtspositionen vorliegt, der die reale Bezogenheit von Recht und Frieden außer acht läßt.* Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Völkerrechtsordnung nicht anders gesichert ist als durch den Willen der beteiligten Staaten, wird im Memorandum festgestellt: *Wer bewußt und mutwillig aus dieser Völkerrechtsordnung ausbricht,*

wie es Deutschland unter Hitler getan hat, verletzt nicht nur einzelne Rechte, sondern stellt sie überhaupt in Frage und setzt damit bislang anerkannte und ihn selbst schützende Rechte aufs Spiel. Nach einem solchen Friedensbruch müssen die Friedensordnung und die wechselseitige Achtung des Rechts erst neu hergestellt werden; Der Friede muß dann unter den Bedingungen erst wieder gewonnen werden, unter denen er erreichbar ist. Es sind die Folgen der Hitlerschen Wahnsinnspolitik, für die wir damit einzustehen haben; sie hat vor allem im Osten jede Art von Rechtsbindung mit Füßen getreten. Aus diesen Aussagen zieht der „Bensberger Kreis“ zwei Schlußfolgerungen: erstens, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sich nicht von vorne herein (aufgrund der Meinungen im eigenen Lande) durch eine bestimmte rechtliche Interpretation einschränken lassen sollte; zweitens, daß nach all dem was geschehen ist, eine friedliche Regelung der Beziehungen mit Polen territoriale Verluste voraussetzen müsse. Das Bewußtsein dieser Tatsache solle von Deutschen angenommen und unzweideutig den Polen gegenüber deklariert werden.

Vor diesem Hintergrund wird im Memorandum das Problem des „Heimatrechts“ erörtert. Die „Bensberger“ versuchen die Dynamik des sich vollziehenden Prozesses zu zeigen, der heute die Aussagekraft dieses Arguments bestimmt. Sie machen darauf aufmerksam, daß sich sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR eine Integration der Ausgesiedelten vollzogen habe. *Sie sind lange nicht mehr die Heimatlosen, wie sie in der barbarischen Übergangszeit der Lager, der Arbeitslosigkeit, der Familientrennung waren. In dem Maße, in dem sich diese Entwicklung fortsetzt, tritt die Bedeutung des verlorenen Heimatsrechts zurück: es verblaßt. Das gilt besonders für die junge Generation; sie hat ihre neue Heimat in der Bundesrepublik oder der DDR. Demgegenüber — stellt das Memorandum fest — ist das neu entstandene und weiter entstehende Heimatrecht von Millionen Polen in Schlesien, Pommern und Ostpreußen brennend aktuell. Zum Schluß wird festgestellt: Die 1945 „unter polnische Verwaltung“ gestellten Gebiete sind inzwischen von Polen bewohnt und in das Land und Staatsordnung Polens integriert. Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich sein, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können. Solange — fügt das Memorandum noch hinzu — die Regierung sich zurückhält, soll die Anerkennung dieses Sachverhalts und die Bejahung der daraus zu ziehenden Konsequenzen zur „Öffentlichen Meinung“ werden.*

Schritte zur Versöhnung

So heißt das letzte Kapitel des Memorandums. Es ist darin die Rede von der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich. Drei der im Memorandum genannten Elemente bedürfen einer Hervorhebung. Erstens — die Zusammenarbeit der Historiker, besonders im Bereich der Schulbücher. Wenn man nicht nur die traditionellen Entfernungen zwischen den jeweiligen historischen Perspektiven beider Völker berücksichtigt, sondern auch die hier schon erwähnten Tendenzen, bei der Herausbildung des nationalen Bewußtseins mit einer gewissen „historischen Lücke“ zu arbeiten — bekommt dieses Postulat eine deutlichere Bedeutung.

An einer anderen Stelle schreiben die Verfasser des Memorandums, daß *es den Aufgaben der Historiker gehören wird, sich in getrennter und gemeinsamer Forschung um übereinstimmende Vorstellung vom Gang der Geschichte zu bemühen. Mit dem Vorbehalt allerdings, daß weder ein gemeinsames Geschichtsbild eine unumgängliche Voraussetzung der ersten Schritte der Annäherung ist, noch sein Fehlen denen, die diese Schritte nicht gehen möchten, überzeugende Rechtfertigung für ihr Zögern liefern kann.*

Es lohnt sich wohl, und es ist notwendig, am Rande dieser Ausführungen zur Geschichte, die Aufmerksamkeit zu erwähnen, mit der sich die „Bensberger“ an uns wenden.

Die Tatsache, daß sich die Polen auf historische Argumente bei der Begründung ihres Rechtes auf die Westgebiete berufen, erleichtert es ihrer Meinung nach den Deutschen nicht, gegenwärtige Notwendigkeiten verstehen zu lernen, sondern lenkt ihr Denken in eine entgegengesetzte Richtung. Sie wenden sich also an Polen mit der Bitte, den Deutschen bei der Evolution ihrer Meinungen zu helfen, indem dieses Argument nicht an die erste Stelle geschoben wird. Selbstverständlich sieht dieses Problem aus der polnischen Perspektive anders aus, als aus der deutschen. Es wurde schon mehrmals bei dieser und bei vielen anderen Gelegenheiten gesagt, daß die Gestaltung der Landkarte Europas ausschließlich nach den historischen Besitzverhältnissen unvorstellbar ist. Andererseits stellen die historischen Verbindungen keine Utopie dar. In den politischen Diskussionen wird das Hervorheben der historischen Argumente meistens zu einer Funktion der Gegenseitigkeit, wenn keiner unmittelbaren, so doch einer mittelbaren, die in längeren Perioden entsteht. Anders sieht es demgegenüber in dem inneren Leben aus. Für die Gegenwart jedes Volkes ist seine historische „Verwurzelung“ lebenswichtig. Für diejenigen Polen, die gekommen

waren, um auf den Ruinen der wiedergewonnen Gebiete ein polnisches Land aufzubauen, sowie auch für diejenigen Polen, die hier geblieben waren, nachdem sie sich einer Welle der Germanisierung widersetzt hatten, war es eine erstrangige Frage. Daher rührt jene besondere Sorgfalt, mit der die Spuren des Polentums auf den Westgebieten von uns behandelt werden, die Achtung gegenüber unserem Besitztum von vor vielen Jahrhunderten und gegenüber dem schwierigen Kampf der dortigen Polen. Das Problem der Auffassung von der Geschichte als von einem Element der „Verwurzelung“ darf wiederum von den Menschen aus dem „Bensberger Kreis“ nicht übersehen werden. Ähnlich übrigens wie eine ihrer Bemerkungen, die oben schon zitiert wurde, über den Gebrauch der nationalen Argumente in Bezug auf solche geschichtlichen Perioden, in denen die Kategorie einer Nation noch nicht bestand, nicht auf den heutigen Stand der polnischen Geschichtswissenschaft zutrifft.

Ein weiteres Element, das die Verfasser des Memorandums im Kapitel über den Weg zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern hervorheben, ist die Frage der Entschädigung für die Opfer der Nazizeit. *Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nämlich davon die Bürger jener Staaten ausgenommen, mit denen sie keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Nun sind aber unter den Opfern, die noch keine Entschädigung erhalten haben, die Mehrzahl Polen. (...) Die Unterzeichner des vorliegenden Memorandums sind der Meinung, daß es unterträglich ist, wenn 23 Jahre nach Kriegsende die polnischen ehemaligen KZ-Häftlinge nicht ebenso entschädigt worden sind wie ihre Leidensgefährten aus den westlichen Ländern. Wir bitten die Bundesregierung eindringlich, unverzüglich die nötigen Schritte zu einem Abkommen zu unternehmen, das diese Frage regelt.*

Ein drittes Element von sehr gewichtiger politischer Bedeutung betrifft schließlich die Stellungnahme des „Bensberger Kreises“ zu der endgültigen Regulierung der kirchlichen Verwaltung auf den Westgebieten durch den Heiligen Stuhl. Die bisherigen polnischen Bemühungen in diesem Bereich stießen immer auf eine Gegenoffensive von seiten der deutschen kirchlichen und katholischen Kreise. Die „Bensberger“ schreckten auch vor diesem „Tabu“ nicht zurück: *Ein Problem, das den Katholiken besonders angeht, ist der kirchenrechtliche Zustand der Oder-Neiße-Grenze. In der Solidarität mit den polnischen Katholiken sind wir an einer vollen Normalisierung der rechtlichen und pastoralen Diözesanordnungen interessiert.*

Die in diesen Sätzen ausgedrückte Stellungnahme ist eine logische Konsequenz nicht nur des politischen Inhalts des Memo-

randums, sondern auch von dessen Grundvoraussetzungen, die an die Impulse des Zweiten Vatikanischen Konzils anknüpfen. Einer seiner Beschlüsse ist eben die Bemühung, die Grenzen der Diözesen den aktuellen pastoralen Bedürfnissen anzupassen. Die Frage einer endgültigen Normalisierung der kirchenrechtlichen Situation der polnischen Bistümer auf den Westgebieten enthält beide Seiten dieses Problems: sowohl die politische als auch die pastorale. Die Hemmungen, die aus politischen Motiven herrühren, beeinflussen negativ das pastorale Motiv. Es reicht nämlich aus, auf die Landkarte zu schauen, um sich vergegenwärtigen zu können, daß die Aufteilung dieses Gebietes in Diözesen reformbedürftig ist.

Für die Katholiken in Polen, hat, was allgemein bekannt ist, die Frage der kirchlichen Normalisierung auf den Westgebieten eine doppelte Bedeutung: eine politische und eine pastorale. Wir wünschen uns sowohl als Bürger, als auch Mitglieder der Kirche, eine endgültige Lösung in dieser Frage.

Die über zwanzigjährige allseitige Entwicklung des kirchlichen Lebens auf diesen Gebieten, sowie auch ein polnisches wie auch ein internationales Bewußtsein, daß die Oder-Neiße-Grenze stabilisiert wurde, stellen starke Argumente dar, die schwerwiegender sein sollten als die bisherige diplomatische Tradition des Vatikans, nach der die Regulierung solcher Fragen erst nach dem Abschluß der Friedensverträge möglich ist. Diese diplomatischen Traditionen rühren aus früheren Zeiten, und wir leben in einer Epoche, in der Kriege nicht erklärt werden, und es einen stabilisierten Frieden im Allgemeinen gibt, obwohl kein Friedensvertrag mit dem Staat vorliegt, der diesen Krieg verloren hat. Viele zweifeln heute daran, ob solch ein Vertrag überhaupt je abgeschlossen wird. Die Zeit zerbröckelt also solch eine Argumentationsweise, und wahrscheinlich könnte man sie noch leichter beim Heiligen Stuhle überwinden, wenn es nicht den riesigen Widerstand von der deutschen Seite gäbe, auf den sowohl polnische Bemühungen, als auch die von Päpsten geschaffene Tatsache stießen. Man könnte dabei z.B. an die Reaktion auf den berühmten Spruch von Papst Johannes XXIII erinnern, der zu den polnischen Bischöfen, die zu der ersten Session des Konzils gekommen waren, von „Breslau auf den nach Jahrhunderten wiedergewonnenen Westgebieten“ sprach, oder an die Unzufriedenheit wegen der Berufung eines Polen zum Diözesanbischof in Danzig durch Papst Paul VI.

Eine kurze aber eindeutige Formel des Memorandums des „Bensberger Kreises“ stellt in dieser Hinsicht ein Novum dar. Es bleibt zu hoffen, daß dieser Standpunkt auch im Vatikan bemerkt

und bewertet wurde, als ein Beweis für einen Umbruch in der deutschen Öffentlichkeit. Es ist zu hoffen, daß weder der „Bensberger Kreis“ sich nur auf die Ausarbeitung dieser Formel beschränkt, noch die einzige Gruppe der katholischen Persönlichkeiten bleiben wird, die den Mut hat, solch einen Standpunkt öffentlich zu vertreten. Denn, wenn die Rede von der Solidarität mit den polnischen Katholiken ist, so ist ein Moment gekommen, wo solch eine Solidarität besonders begehrt ist und wo sie einen gemeinsamen Beitrag zum Frieden in Europa, sowie auch zur Entspannung und Versöhnung in den Beziehungen unserer Völker darstellen könnte (...)

Tadeusz Mazowiecki

Heft 5, Mai 1968

Vertreter des „Bensberger Kreises“ antworten auf die Fragen der Redaktion „Więź“

Anfang April diesen Jahres hielt sich auf Einladung der Gruppe „Znak“ eine siebenköpfige Delegation des „Bensberger Kreises“ in Polen auf. Mitglieder dieser Delegation waren: Dr. Franz Ansprenger, Dozent für die Zeitgeschichte im Otto-Suhr-Institut in Berlin (West); Dr. Mechtild Fischer, Soziologe (Köln); Dr. Norbert Greinacher, Priester, Dozent für Pastoraltheologie in Tübingen; Karlheinz Koppe, ehrenamtlich tätig (Bonn); Winfried Lipscher, Publizist; Elmar Lorey, Fernsehjournalist und Dr. Manfred Seidler, Literaturhistoriker.

Während ihres Aufenthaltes in Polen besuchten die Delegationsmitglieder auch die Redaktion „Więź“, wo sie mit uns einen umfassenden Meinungsaustausch führten. Nach diesem Treffen gaben die Vertreter des „Bensberger Kreises“ unserer Zeitschrift ein Interview, das wir hier abdrucken.

„Więź“: Die Aussagen des „Bensberger Kreises“ fanden in Polen eine große Resonanz. Relativ wenig ist jedoch über den Ursprung, die Struktur und Zusammensetzung Eurer Gruppe bekannt, sowie über die Reichweite Eures Interesses und Eurer Arbeiten, wie auch über die Stellung des „Bensberger Kreises“ in der breiteren politischen, intellektuellen und innerkatholischen „Geographie“ der Bundesrepublik Deutschland. Übrigens, keine Beschreibung, die von außen kommt, kann eine Selbstcharakteristik ersetzen. Vielleicht fangen wir also damit an.

Dr. Mechtild Fischer: Der „Bensberger Kreis“ entstand spontan 1966, als sich in Bensberg bei Köln eine Gruppe von Menschen fand, die hauptsächlich aus den Reihen der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ stammten, um darüber nachzudenken, wie man den Einsatz für den Frieden seitens des Papstes und des Konzils in eine konkrete politische Tat umsetzen könnte. Die deutsch-polnische Frage wurde dabei von Anfang an zum Hauptthema der Arbeit unseres Kreises. Wir waren bemüht, eine angemessene deutsche Antwort auf die großzügige Geste der polni-

schen Bischöfe, auf ihren Brief an die Deutsche Bischofskonferenz zu finden. Denn die übervorsichtige schwankende Antwort der deutschen Bischöfe, die den polnischen Mitbrüdern und damit dem polnischen Volk erteilt wurde, hielten wir für eine unzureichende nicht genügend würdige Stimme in dem für die Versöhnung unserer Völker nötigen Dialog.

Zwei Jahre lang arbeiteten wir in dem immer größer werdenden Kreis an einem Dokument, das später als „Bensberger Memorandum“ bekannt wurde und gewannen für die Zusammenarbeit und somit für den Kreis neue Fachleute: Theologen und Wissenschaftler aus dem Bereich der Politologie und des Völkerrechts. Schließlich stellten wir im Frühjahr 1968 den endgültigen Memorandum-Entwurf in einer inoffiziellen Form einem größeren Gremium katholischer Intellektuellen vor, mit der Bitte, ihn zu unterzeichnen. Dieser endgültige Entwurf hat zu einer scharfen Auseinandersetzung in denjenigen katholischen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland geführt, die sich entschieden zum Wirken für die Verständigung mit Polen verpflichtet fühlten; Vertreter der katholischen Vertriebenenverbände sowie auch eher konservativ eingestellte Experten haben zwar auf Anregung der kirchlichen Hierarchie an den Vorbereitungsarbeiten mitgewirkt, waren aber schließlich nicht imstande, ihr Einverständnis mit den konsequenten Postulaten, vor allem in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, zu erklären.

Diejenigen aber, die das Memorandum unterschrieben, machen nicht nur, wie es die Bischofskonferenz zu bewerten versuchte, einen kleinen unbedeutenden Teil der Öffentlichkeit aus. Freilich vertreten sie nicht, was man deutlich hervorhob, den deutschen Katholizismus schlechthin. Aber als bekannte Dozenten an den Universitäten, als SPD- wie auch CDU-Politiker, als Publizisten usw. finden sie eine beträchtliche Resonanz in der Gesellschaft, da sie einerseits eine ernsthafte Diskussion initiieren und entwickeln können, andererseits einen viel breiteren Personenkreis repräsentieren.

Aus dem Kreis der Unterzeichner des Polenmemorandums ging jene informelle Gruppe hervor, die als „Bensberger Kreis“ bezeichnet wird; er hat keinen Rechtsstatus und seine Aussagen werden nur durch die jeweils in Abstimmungen erklärte Zustimmung seiner Mitglieder legitimiert. Seine Aufgabe sieht er darin, in Dokumenten vom politischen Charakter, die sich auf wissenschaftliche Grundlagen stützen, die brennenden Fragen der Kirche und der Gesellschaft aufzuwerfen, zur Herausbildung der gesellschaftlichen Be-

wußtseins beizutragen und womöglich die aufgeworfenen Fragen zu lösen. So erschien voriges Jahr als weitere Publikation des Kreises ein Memorandum zum Vietnam-Krieg und als dritte Veröffentlichung soll demnächst ein Dokument über die Demokratisierung der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet werden. Vor der Erörterung stehen Probleme aus dem Bereich der „Dritten Welt“ sowie der Deutschen Frage, die aber noch keine konkrete Gestalt angenommen haben. Nach der Veröffentlichung eines Memorandums hört übrigens für den „Bensberger Kreis“ die Beschäftigung mit den besprochenen Problemen nicht auf. Die für ihre Bearbeitung gegründeten Kommissionen setzen ihre Arbeiten fort, je nach dem Dringlichkeitsgrad einer bestimmten Frage. Dies betrifft konkret die Polenkommission, die nach der Heimkehr unserer Delegation wird erwägen müssen, welche Schritte man für die Intensivierung des deutsch-polnischen Dialogs in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland unternehmen kann.

Die Beurteilung, welche Stellung dem „Bensberger Kreis“ in der politischen und innerkirchlichen Geographie der Bundesrepublik Deutschland zukommt, ist natürlich nicht einfach; sie hängt im Grunde vom eigenen Standpunkt des Beobachters ab. Generell kann man aber sagen, daß er im Allgemeinen zum sogenannten „Linken Katholizismus“ gehört. Seine entschieden akademischen Arbeitsmethoden, seine personelle Zusammensetzung — die meisten Mitglieder sind Akademiker im mittleren Alter — unterscheiden ihn von den vielleicht kritischeren und radikaleren Gruppierungen der jüngeren Christen; dieser Unterschied ist aber nur relativ, denn viele Mitglieder des Kreises arbeiten gleichzeitig mit vielen anderen Organisationen zusammen, die entweder dem herrschenden System nahestehen oder es leidenschaftlich bekämpfen.

„Wież“: Das von Euch vor zwei Jahren veröffentlichte Memorandum zu den deutsch-polnischen Fragen wurde hauptsächlich zum Bestandteil des inneren Dialogs in der deutschen Gesellschaft. Die Unterzeichner dieses Memorandums haben damals betont, daß einer der Gründe, weshalb es veröffentlicht wurde, „die Lethargie der deutschen, besonders der katholischen Öffentlichkeit“ gewesen sei.

Wie bewertet Ihr selbst die Auswirkungen des Dialogs über Euer Memorandum innerhalb von zwei Jahren? Und was kann man Eurer Meinung nach heute — unter Berücksichtigung der neuen politischen Situation — über Verschiebungen in der westdeutschen öffentlichen Meinung gegenüber den im Memorandum aufgeworfenen Fragen sagen?

Dr. Manfred Seidler: In einer Zeit, in der die Integration der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu einer vollendeten Tatsache wird, scheint mir die wachsende Bereitschaft zur Versöhnung gerade mit Polen nicht zufällig zu sein, sondern eher typisch für die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Hinsicht spielt wohl auch eine eher pragmatische Einstellung eine Rolle: endlich einmal die Sache in Ordnung bringen. Bemerkenswerter scheint aber die Tatsache zu sein, daß der Wunsch, definitiv Frieden zu schließen, zum notwendigen Verzicht auf das Denken in Blockkategorien führt. Hinter der Wahrnehmung dieses Zusammenhanges verbirgt sich der Wunsch nach erleichterten Kontakten von dem Moment an, in dem die Grenzen Polens endlich einmal auch von unserer Seite anerkannt werden, auch in einem staatlichen Sinne.

Prof. Franz Ansprenger: Die westdeutsche Gesellschaft zeigt sich heute wesentlich offener für eine vernünftige grundlegende Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen — und das Fundament jeglicher Regelungen muß die bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sein — als dies noch vor zwei Jahren der Fall war. Davon zeugen die Ergebnisse von Meinungsumfragen, die Initiativen der Regierung Brandts im Bereich der Ostpolitik und die darauffolgenden Reaktionen in der westdeutschen Bevölkerung. Besonders wichtig ist dabei die Tatsache, daß sich die westdeutsche Gesellschaft überhaupt stärker für das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen interessiert, als dies noch vor etwa zwei Jahren der Fall war. Die Gefahr steckte damals meiner Meinung nach nicht in der Stärke jener westdeutschen Gruppierungen, die die Anerkennung der polnischen Westgrenze verweigerten, sondern im schwachen öffentlichen Interesse an diesem ganzen Problembereich. Das Interesse an der Außenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ging damals vor allem in Richtung Westen. Dies hat sich geändert, gleichzeitig nahm aber das Lager derjenigen zu, die zur bedingungslosen Anerkennung der Grenzen bereit waren, und das entgegengesetzte Lager wurde schwächer. Ich möchte keinesfalls diese Evolution nur auf die Arbeit des „Bensberger Kreises“ zurückführen. Dazu haben auch die Bemühungen innerhalb der evangelischen Kirche, in der SPD sowie der vielseitig politisch engagierten jungen Generation entscheidend beigetragen. Auch die Mitglieder des „Bensberger Kreises“ wirken nicht nur in den katholischen Organisationen oder im Rahmen des westdeutschen Katholizismus. Als Privatpersonen, die eine bestimmte berufliche

oder politische Verantwortung haben, tragen sie zur Herausbildung der westdeutschen öffentlichen Meinung insgesamt bei, vor allem durch Radio, Fernsehen, Presse und politisches Engagement.

Für die Zukunft sehe ich unsere Aufgabe vor allem in der menschlichen Konkretisierung der prinzipiellen politischen Deklarationen. Es ist nötig, daß wir die heutigen Lebensumstände in Polen der westdeutschen Gemeinschaft näherbringen, nicht so sehr durch unsere eigenen Berichte, als vielmehr dadurch, daß wir kompetente Stimmen aus Polen in der Bundesrepublik zu Wort kommen lassen. Wir müssen uns bemühen, daß diese Stimmen nicht nur von Osteuropa-Experten, sondern auch von möglichst breiten Kreisen zur Kenntnis genommen werden. Auf diese Weise wollen wir die oben geschilderte Tendenz der westdeutschen Gesellschaft unterstützen, sich stärker mit den Problemen Osteuropas zu beschäftigen.

Wir sollten die jetzige Stunde nutzen, die Stunde der Regierung Brandts. Es ist auch die Stunde einer starken positiv zu beurteilenden Politisierung eines bedeutenden Teiles der jungen Generation. Diese beiden Tendenzen könnten später wieder abnehmen oder sogar in eine andere Richtung gehen. Wir wollen dazu beitragen, daß zum richtigen Zeitpunkt die Ergebnisse einer dem Frieden und den menschlichen Kontakten zwischen der Volksrepublik Polen und Bundesrepublik Deutschland dienenden Politik auf Dauer fortgeschrieben werden.

„Wież“: In unseren Publikationen haben wir oft betont, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland nicht nur ein Erfordernis des politischen Realismus ist, sondern auch ein wichtiger moralischer Akt in den internationalen Beziehungen zwischen unseren Völkern wäre. Wie seht Ihr dieses Problem? Was macht Ihr und was soll man Eurer Meinung nach tun, damit dieser Aspekt eine stärkere Resonanz in der katholischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland finden könnte?

Dr. Manfred Seidler: Gerade die Erfahrungen unserer jetzigen Reise haben mir genügend klar bewußt gemacht, daß unsere Verantwortung für den Krieg 1939—1945 nicht nur die Frage einer materiellen Wiedergutmachung, sondern auch eine moralische Verpflichtung ist. Deswegen scheint es mir, eine wichtige Sache zu sein, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nie von den Konsequenzen des Krieges befreien ließ. In unseren Gesprächen hier habe ich oft zugegeben, daß Auschwitz für mich bisher vor allem zum Synonym

der Extermination der Juden wurde, und erst hier habe ich voll begriffen, daß es genauso ein Synonym des Bestrebens ist, die polnische Intelligenz zu vernichten.

In diesem Zusammenhang ist es lohnenswert, wie ich denke, die Worte des ehemaligen ostpreußischen Dichters, Johannes Bobrowski, in Erinnerung zu rufen, der über die „Verschuldung“ der deutschen Geschichte im Bereich des Zusammenlebens mit den Völkern unserer östlichen Nachbarschaft spricht; Wenn man diese Nachbarschaft wiedergewinnen will, muß man die Geschichte aufarbeiten. In unseren gemeinsamen Zeitläuften gibt es Anhaltspunkte, die uns begreifen lassen, daß eine auf Achtung beruhende Haltung solch einer Nachbarschaft mehr helfen kann als gute Vorsätze alleine.

Prof. Franz Ansprenger: Die Verbindungen zwischen den Völkern können sich im modernen Europa nicht nur auf diplomatische Beziehungen zwischen den Regierungen beschränken. Überall in Europa entwickeln sich heute Industriegesellschaften. Diese Gesellschaften haben zwar unterschiedliche politische Ordnungen, die im Falle des sozialistischen und kapitalistischen Systems besonders entgegengesetzt sind. Manche Wissenschaftler glauben an die „Konvergenz“ dieser beiden Systeme. Es ist unbestritten, daß sie im Zustand gegenseitiger Rivalität sind. Sie haben somit schon eine gegenseitige Beziehung. Es kommt darauf an, daß sich diese Beziehung so entwickelt, daß Kriege zwischen den Völkern Europas unmöglich sind. Dies ist auch ein von beiden Seiten anerkanntes Postulat der internationalen Politik. Ich möchte einen Schritt weiter gehen und behaupten, daß auch der Zustand einer nur passiven friedlichen Koexistenz viele Hindernisse für den gesellschaftlichen Fortschritt in ganz Europa mit sich bringt. Deswegen müssen die Bundesbürger, ähnlich wie die Bürger aller anderen europäischen Staaten, daran interessiert sein, diese nur passive friedliche Koexistenz durch einen Zustand zu ersetzen, den ich als „Begegnung in der Verschiedenheit der Systeme und im Wettbewerb der Interessen“ bezeichnen würde.

Dazu gehört meiner Meinung nach nicht nur die Begegnung von Diplomaten und Geschäftsleuten oder der kulturelle Austausch von Künstlern, der Ausstellungen usw., sondern auch die Begegnung der Menschen aus den verschiedenen Ländern, deren berufliche gesellschaftliche und kulturelle Interessen sich berühren, auch wenn sie unterschiedliche politische Überzeugungen haben. In solchen Begegnungen sehe ich einen unentbehrlichen und wesentlichen

Fortschritt bei den Bemühungen um Wiederherstellung eines moralischen Bandes gerade zwischen dem polnischen und deutschen Volke.

Auf der deutschen Seite gibt es eine grundsätzliche Vorbereitung auf solch eine Begegnung mit Polen aufgrund der ständigen Konfrontierung des ganzen deutschen Volkes, besonders der heranwachsenden Generationen, mit der Vergangenheit. Auch diejenigen Deutschen, die vor zehn Jahren oder auch heute geboren wurden, sehen sich, sobald sie nur das politische Bewußtsein entwickeln, dem Schuldkomplex gegenübergestellt, den der Name „Auschwitz“ symbolisiert. Mit dieser Vergangenheit müssen sich die Deutschen noch lange auseinandersetzen und in Konsequenz dessen die eigene Gesellschaft in der Weise organisieren, daß sie maximal gegen neue Ausbrüche der Barbarei, des Chauvinismus, des Militarismus und der Eroberungssucht abgesichert wird.

Prof. Norbert Greinacher: Eine der Eigenschaften, die den „Bensberger Kreis“ charakterisiert, ist die Tatsache, daß in diesem Gremium Theologen mit Politologen, Soziologen, Juristen und anderen Intellektuellen zusammenarbeiten. Das bedeutet nicht, daß die Theologen den Argumenten der Politiker und Juristen ein paar fromme Worte hinzufügen, sondern daß hier die Botschaft Jesus aus Nazaret als eine kritische Norm begriffen wird, die zu konkreten politischen Konsequenzen führen muß. Bei der Anwendung dieser Norm auf das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen kann man demzufolge nicht nur von der allgemeinen „christlichen Pflicht“ der Versöhnung zwischen den Völkern sprechen, sondern ein Christ muß auch jene konkreten politischen Konsequenzen ziehen, z.B. die Oder-Neiße-Linie anerkennen, wenn die Versöhnung nicht eine leere ideologische Floskel bleiben soll.

„Wież“: Für die polnischen Katholiken bleibt die Gründung von normalen von Bischöfen geleiteten Diözesen in den polnischen Westgebieten durch den Heiligen Stuhl immer noch ein grundsätzliches Problem. Unsere Leser würden bestimmt gerne Euer Verhältnis zu diesem Problem kennenlernen.

Karlheinz Koppe: In dem „Bensberger Memorandum“ wurde deutlich hervorgehoben, daß wir den zu dieser Frage dargebrachten polnischen Standpunkt teilen und uns unabhängig von der politischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für die gewöhnliche Jurisdiktion der polnischen Bischöfe in diesen Gebieten aussprechen.

„Wież“: Wir sind immer noch beunruhigt, daß der polnische Standpunkt in dieser Frage auf den Widerstand der deutschen Seite im Vatikan stößt.

Hat der „Bensberger Kreis“ im Vatikan seine Stellungnahme zur kirchenrechtlichen Normalisierung unserer westlichen Diözesen dargelegt? Früher gab uns der Standpunkt der deutschen Katholiken in dieser Frage Anlaß, ihn mit dem Standpunkt der Vertriebenenverbände gleichzusetzen. Wenn dies heute anders ist, was aus Eurer Stellungnahme hervorgeht, so stellt sich die Frage, ob diese Tatsache nicht deutlicher, vor allem auf dem Forum der Römischen Kurie, zum Ausdruck kommen sollte.

Karlheinz Koppe: Selbstverständlich gibt es in den konservativen katholischen Kreisen Widerstände gegen diese polnische, aber auch bensbergische Auffassung. Es sind Widerstände, die mit Nachdruck auch auf die Römische Kurie übertragen werden. Von seiten der katholischen Vertriebenenverbände wird dabei mit der Zahl von 13 Millionen Vertriebenen umgegangen, die angeblich kein „Verständnis für die Anerkennung der Jurisdiktion der polnischen Bischöfe finden“. Auch die deutschen Bischöfe zeigen die größte Zurückhaltung: die Bischofskonferenz möchte wennmöglich dem Konflikt mit den katholischen Vertriebenen aus dem Wege gehen.

Der Vatikan sieht diese Frage wiederum unter rein juristischen Aspekten. Er ist sich der „polenfeindlichen“ und „vertriebenenfreundlichen“ Konsequenzen nicht bewußt, die sich aus dem langanhaltenden Zustand der Nicht-Anerkennung der Diözesen auf diesen Gebieten ergeben.

Wir bemühen uns im Bereich dieser Problematik aufklärend zu wirken. Aufgrund der offiziellen Statistik läßt sich z.B. leicht nachweisen, daß die Entscheidung über die Anerkennung dieser Diözesen in Wirklichkeit nur 1,5 bis 1,8 Millionen der vertriebenen Katholiken betrifft. Es bleibt zu hoffen, daß die Kurie, wenn sie sich vorläufig noch nicht für eine solche Anerkennung entscheiden kann, zumindest offiziell erklärt, daß ihre abwartende Haltung nicht die Aufrechterhaltung irgendwelcher politischen Ansprüche bedeutet, und somit die betreffenden Stellen d.h. die Bundesregierung und die deutschen Bischöfe dazu ermuntert, von ihrer Seite den Anerkennungsakt zu vollziehen.

Die deutsche Bundesregierung hat schon mehrmals in den letzten Wochen erklärt, daß sie sich nicht auf das bestehende Konkordat stützen werde, um der Kurie die Entscheidung über die polnischen westlichen Gebiete nicht zu erschweren. Somit ist die

Lösung der Diözesen-Frage frei vom politischen Druck und könnte vom seelsorgerischen Standpunkt her im Interesse der polnischen Katholiken entschieden werden. Es bleiben nur noch die rechtlichen Vorbehalte der Römischen Kurie, innerkirchliche Konsequenzen zu ziehen, bevor es zwischen Bonn und Warschau zur staatsrechtlichen Lösung dieses Problems kommt.

Das Ergebnis der gegenwärts geführten deutsch-polnischen Verhandlungen sollte also auch in diesem Punkt entscheidend sein.

Dr. Manfred Seidler: Ich bin mir hier bewußt geworden, vor allem dank der Gespräche mit den Bischöfen der polnischen Westgebiete, daß sich allzu einfach behaupten läßt, daß dort die Seelsorge funktioniert. Der territoriale Umfang des Bistums Gorzów (Landsberg a.d.W.), wo z.B. Entfernungen von zuweilen über 400 Km in Betracht kommen, bestätigt die Notwendigkeit der in unserem Memorandum empfohlenen Gründung gewöhnlicher Diözesen. Eine unserer Aufgaben muß, wie mir scheint, darin bestehen, die Deutsche Bischofskonferenz auf die Chance aufmerksam zu machen, auf den Brief der polnischen Bischöfe ihre immer noch fehlende vollständige Antwort zu geben. Eine Antwort, die in der gegenüber den deutschen Katholiken und gegenüber dem Vatikan zu treffenden Feststellung bestehen müßte, daß es notwendig ist, auf den Gebieten, von den hier die Rede ist, reguläre polnische Bistümer zu gründen.

„Więź“: Der „Bensberger Kreis“ interessiert sich nicht nur für politische Fragen, sondern auch für die Reform in der Kirche nach dem Konzil. In welche Richtung gehen Eure Diskussionen und Arbeiten in diesem Bereich?

Prof. Norbert Greinacher: Der „Bensberger Kreis“ hat vor zwei Jahren eine Kommission gegründet, die sich intensiv mit den Demokratisierungsproblemen der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Vorläufige Ergebnisse ihrer Arbeit wurden schon mehrmals gründlich auf den Plenarsitzungen des Kreises diskutiert, so daß der dritte Memorandumsentwurf nur noch auf die Abstimmung bei allen Mitgliedern in Form ihrer Unterschrift wartet. Wir hoffen, daß dieses Memorandum im Frühherbst veröffentlicht werden kann.

Seine hauptsächliche Intention ist es, das Gefälle zu beseitigen, das zwischen der Gesellschaft im Demokratisierungsprozeß und der kirchlichen Struktur entstanden ist, die immer noch in großem Maße

feudale und absolutische Eigenschaften aufweist. Es geht dabei nicht nur um die Demokratisierung der Führungs- und Entscheidungsstruktur in der Kirche, sondern auch um Probleme, die mit der Wahrheitsfindung, der Konfliktlösung, den geistlichen Ämtern (samt der Begrenzung ihrer Amtsdauer und ihrer Wahl), dem Status der Opposition in der Kirche usw. verbunden sind. Wir wollen dadurch einen Beitrag zur Diskussion über die 1971 beginnende gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch zur Diskussion über die Entwicklung der Kirche in der nächsten Zukunft leisten.

Mit den Vertretern des „Bensberger Kreises“ sprach

Tadeusz Mazowiecki

Heft 6, Juni 1970